

***Wärst du nicht reich- wäre ich nicht arm-
oder wie wäre es mit einer Angleichung der Verhältnisse
Ost – West (auch Rente)***

Im drittreichsten Land der Erde leben ca. 10 Millionen Bürger unter, am oder knapp über dem Existenzminimum, was das auch immer heißt und von wem es auch immer definiert sein möge.

In unserer reichen und überbordenden Gesellschaft findet eine ungeheure Vermögensdifferenzierung zwischen arm und reich statt. Wirtschaft, Politik und alle möglichen Einflussphären scheuen nicht davor zurück, jedes Maß an strukturierter Vermögensbildung für **alle** und Verteilung in demokratischen Bahnen zu verhindern.

Geld- und Immobilienvermögen belaufen sich auf ungefähr 10 Billionen Euro in Deutschland, davon etwa 4,9 Billionen reines Geldvermögen.

Dabei sollte man schon zur Kenntnis nehmen (wollen!), dass 10 % der Bürger (Familien) über 90 % der Vermögen besitzen (verein nehmen). Kurz 8 Millionen besitzen 9 Billionen Euro an Vermögen. Diese Qualifizierung von Reichtum birgt naturgemäß schon einen Erhaltungstrieb in sich, mehr noch, es impliziert geradezu die Vergewaltigung ganzer gesellschaftlicher Gegebenheiten und Prozesse. Dieses Faktum wird so lange einen Bestand haben, wie sich die gesamtgesellschaftlichen Kräfte nicht bewusst diesen Tatsachen stellen.

--- Wärst du nicht reich – wäre ich nicht arm ---

Dieser Spruch eines großen deutschen Denkers ist nach wie vor, unliebsame Realität. Betrachtet man die Gegebenheiten in Ost und West differenzieren sich diese Aussagen noch um ein Vielfaches. Es ist nachgewiesen, dass die vom Grundgesetz (warum eigentlich nicht Verfassung????!!) geforderte Vereinheitlichung der Lebensbedingungen von Ost und West seit den 1996 Jahren stagniert. Nach heutigen Anschauungen und Prognosen werden diese wohl noch 50 Jahre auf sich warten lassen. Im Osten Deutschlands existiert kein einziges DAX- Unternehmen, mehr noch, die größten Unternehmen in Ost erbringen nicht mal 50 % der Wirtschaftsleistung von Daimler. Die gesamte Industrieforschung ist im Westteil angesiedelt. Lediglich die Hochschulen erbringen einen Teil der Forschung für das ganze Land. Daraus und aus den Vermögensverhältnissen (eingeschlossen der politische Wille der Regierenden) resultieren im Osten kleinteilige Wirtschaft, Überalterung von Produkten und Belegschaften, niedrigere Tarifbindung (wenn überhaupt), niedrigere Löhne, höhere Arbeitslosigkeit und zusammen genommen strukturschwächere Regionen. Solche Regionen sind auch im Westen angesiedelt, nur ist es dort die Ausnahme, während es im Osten Standard der Entwicklung ist.

Aus dem bisher Gesagtem ergibt sich ein zum Teil erheblich geringeres Lohnniveau. Weiterhin sind die Sektoren im Niedriglohnbereich im Osten differenzierter und im Umfang deutlich ausgeprägter als im Westen. Auch daraus wird sich der Rentenwert Ost, derzeit 91,5 % des Westwertes in den Folgejahren nicht weiter angleichen. So sind 40,1 % der abhängig Beschäftigten im Ostteil (West- 18,7 %) in diesem Sektor beschäftigt. Weiterhin müssen alle die betroffenen Arbeitnehmer Berücksichtigung finden, die auf Grund der Einkommensstruktur als Aufstocker Sozialleistungen nach dem SGB II beziehen, immerhin rund 2,6 Millionen. Auch wird sich das Renteniveau gegenüber den westdeutschen Ländern nicht nachhaltig entwickeln, weil in den nächsten 10 bis 15 Jahren in Größenordnungen Bezieher von Arbeitslosengeld 2 in die Rente übergehen und diese in vielen Fällen auf Sozialleistungen (Sozialhilfe) nach dem SGB XII angewiesen sein werden (Outsourcing von Rentenansprüchen).

Einige Bemerkungen zum Mindestlohn. Im Osten würden auf Grund von anderen Berechnungsgrundlagen eine Erhöhung dieses Lohnes auf 8,50 € eine Steigerung des Rentenwertes Ost um 2,8 % und ein Lohn von 10,00 € immerhin eine Steigerung um 4,8 %

bedeuten. Damit würde die Steigerung der Finanzierung der Renten aus Steuermitteln verringert.

Übrigens würde nach heutigen Modellrechnungen ein Mindestlohn von 14,00 € für die heutigen Berufseinsteiger gerade ausreichen, um ein Rentenniveau dieser knapp über der Sozialhilfe zu sichern. Das wiederum hängt mit der politischen Willensbildung der Regierenden zusammen, das Rentenniveau im Verhältnis zum Lohnniveau von derzeit 48 % auf 43 % abzusenken.

In den vergangenen Jahren bundesdeutscher Einheit haben im Osten mittlerweile ca. 3 Millionen Rentner an dem stetigen „Aufschwung“ ostdeutscher Renten durch ihr Ableben nicht mehr teilnehmen können und dieser Prozess wird sich zur Entlastung der Rentenkassen vielschichtig fortsetzen und verstetigen.